

„Wir Liberale unterstützen die Migrationspolitik von Francken“



Grenz Echo - 09 Jan. 2018
Pagina 5

Über den Streit in der Föderalregierung um das Verhalten von Staatssekretär Theo Francken sprach das GrenzEcho am Montagnachmittag mit der ostbelgischen Kammerabgeordneten Katrin Jadin (PFF), die für die frankofone Regierungspartei MR im Parlament sitzt.

Frau Jadin, was sagen Sie zum Verhalten von Theo Francken? Sind Sie damit einverstanden?

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass Staatssekretär Theo Francken eine Migrationspolitik führt, die genau so im Koalitionsabkommen verankert worden ist. Es handelt sich um eine Migrationspolitik, die streng, aber menschlich ist. Sie unterscheidet sich auch kaum von dem, was in den vergangenen Legislaturperioden in diesem Bereich gemacht worden ist.

Hat Theo Francken sich denn nichts vorzuwerfen?

Das Einzige, was ich bedauere, ist die etwas überspitzte Kommunikation des Staatssekretärs - gekoppelt an eine Reihe von Provokationen. Und als Kammerabgeordnete - auch als Kammerabgeordnete der Mehrheit - muss ich bedauern, dass er allem Anschein nach in der Frage der Rückführung der sudanesischen Flüchtlinge dem Parlament nicht alle Elemente übermittelt hat, über die er verfügte, als er im Innenausschuss zu dieser Problematik befragt worden.

Muss denn ein Staatssekretär, der sich so verhält, nicht zurücktreten?

Es gibt jetzt eine Untersuchung zu den Vorfällen, die von der Föderalregierung in Auftrag gegeben worden ist. Wir werden diese Woche im Parlament sehen, wie Theo Francken die Informationslücke schließen kann, die er hinterlassen hat. Wie gesagt bedauere ich seine Kommunikation in einem sehr schwierigen Dossier. Aber was die Politik betrifft, tragen auch wir Liberale diese mit. Nochmal: Sie ist im Koalitionsvertrag so festgehalten worden.

Premier Charles Michel von der MR wird in den Medien unter anderem als „Schoßhund“ der flämischen Nationalisten dargestellt. N-VA-Parteipräsident Bart De Wever gilt als Schattenpremier...

...ich höre das oft und lese es das auch sehr häufig in der Presse. Ich kann dazu nur sagen, dass es beispielsweise seit dem Jahr 2014 keine Staatsreform gegeben hat, obschon das als Kernaufgabe der N-VA galt. Darüber hinaus haben wir Liberale immer liberale Themen verteidigt: Ob das nun die Senkung der Gesellschaftssteuer war oder andere Reformen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um zwei weitere Beispiele zu nennen. Auch die Migrationspolitik tragen wir so mit, weil sie resolut ist, aber internationalen Verträgen und Prinzipien Rechnung trägt. Das macht alles die Föderalregierung, und diese Politik trägt Früchte, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt. Seit Beginn der Legislatur wurden 130.000 Arbeitsplätze geschaffen, bis zum Ende der Legislatur sollen 170.000 hinzukommen. Das trägt eine liberale Handschrift. Deshalb kann ich mich mit den zitierten Aussagen nicht anfreunden. (sc)

Copyright © 2017 Grenz Echo. Alle rechten voorbehouden